

China

Stand: März 2010

Ländername: Volksrepublik China (Zhonghua Renmin Gongheguo)

Klima: Im Norden kontinental, im Süden subtropisch

Lage: Ostasien, 18° bis 53° nördlicher Breite, 73° bis 135° östlicher Länge

Größe des Landes: 9.597.995 qkm (inkl. Taiwan, Hongkong und Macau)

Hauptstadt: Peking (Beijing), Großraum: ca. 17 Mio. Einwohner, darunter über fünf Mio. Wanderarbeiter

Bevölkerung: offizielle Angabe: 1,338 Mrd. (Schätzung 2010), ca. 92% Han-Chinesen, sowie 55 Minoritäten (Zhuang, Mandschu, Hui, Miao, Uiguren, Yi, Mongolen, Tibeter, Buyi, Koreaner u. a), Jahresbevölkerungswachstum 0,6%

Landessprache: Standard-Hochchinesisch ("Putonghua"), Dialekte des Chinesischen; verschiedene Minderheitensprachen (Mongolisch, Tibetisch, Uigurisch, Turksprachen, Koreanisch)

Religionen / Kirchen: Atheistische Staatsideologie; Buddhismus, Islam, Taoismus, Protestantische und Katholische "Staatskirchen"

Nationalfeiertag: 1. Oktober

Unabhängigkeit: Gründung der Volksrepublik China am 01.10.1949

Staats-/Regierungsform: Sozialistische Volksrepublik

Staatsoberhaupt: Präsident Hu Jintao (seit 2003; 2008 für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt), zugleich Generalsekretär und Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der KPCh

Regierungschef: Ministerpräsident des Staatsrats Wen Jiabao (seit 2003, 2008 für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt), zugleich Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh

Außenminister: Yang Jiechi, seit 2007, Mitglied des ZK der KPCh

Kultur- und Bildungspolitik

Stand: März 2010

Kulturelles Umfeld

Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre hat größere Investitionen in kulturelle Angebote ermöglicht und zugleich eine zunehmende Kommerzialisierung des Kultursektors herbeigeführt. Auch wenn ein teilweiser Rückzug des Staates aus diesem Bereich zu beobachten ist, wird der Kultur eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung einer „harmonischen Gesellschaft“ zugemessen. Insofern besteht ein ideologischer Anspruch an Kulturschaffende fort, aber die Spielräume sind weiter geworden und die Kräfte des Marktes gewinnen erheblich an Einfluss.

Viele bildende Künstler versuchen, auf der Grundlage chinesischer Tradition - teilweise unter westlichem Einfluss - einen eigenen Stil zu finden und erzielen damit auch international großen Erfolg. Dies spiegelt sich nicht zuletzt in den Marktpreisen wider, so befinden sich laut Artprice-Index unter den 100 höchsten jemals erzielten Preisen für Werke lebender zeitgenössischer Künstler 35 Werke chinesischer Künstler.

Chinesische Filme gewinnen immer wieder Auszeichnungen auf internationalen Filmfestivals; so erhielt im Februar 2010 auf der 60. Berlinale der chinesische Beitrag „Tuan Yuan“ (Apart Together) den Silbernen Bären für das Beste Drehbuch. Sowohl inländische als auch ausländische Filme bedürfen der Freigabe durch eine zentrale Regierungsbehörde, bevor sie in öffentlichen Kinos gezeigt werden können.

Bildungsumfeld

Wichtigste Aufgabe der chinesischen Bildungspolitik bleibt der Ausbau des Schul- und Hochschulwesens. Ein Problem ist das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land sowie zwischen einkommensstarken und -schwachen Familien.

Im Hochschulbereich wurden die vorhandenen Ausbildungskapazitäten in den vergangenen Jahren erheblich ausgeweitet. Gleichwohl besteht nach wie vor großes Interesse an einem Studium im Ausland, das durch vielfältige in- und ausländische Stipendien gefördert wird. Derzeit besuchen etwa 20 % eines Jahrgangs eine Hochschule, im Jahre 2009 legten etwa 10 Mio. Schüler die zentrale Hochschulzulassungsprüfung („Gaokao“) ab.

Momentan verschärft die wachsende Zahl der Absolventen - 2010 voraussichtlich 6,3 Millionen – die infolge der Wirtschaftskrise aufgetretene Akademiker-Arbeitslosigkeit. Um dem entgegen zu steuern, betreibt die Regierung seit Anfang 2009 ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung junger Akademiker und zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze besonders in ländlichen Gebieten, in denen ein Mangel an Fachkräften herrscht.

Wirtschaft

Stand: März 2010

Grundlinien der Wirtschaftspolitik

Der schrittweise Übergang zu einer immer stärkeren marktwirtschaftlichen Orientierung hat große Wachstumskräfte in China freigesetzt. Die konsequente Wachstumspolitik hat eine Aufbruchstimmung und damit Eigendynamik geschaffen, die angesichts der Größe Chinas und seines Aufholpotentials noch lange anhalten dürften. Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise sind die Zuwachsraten zwar etwas zurückgegangen, doch meldet die Volksrepublik mit 9,6 Prozent im Jahr 2008 und 8,7 Prozent im Jahr 2009 immernoch Wirtschaftsdaten, um die sie von den Nachbarstaaten und Konkurrenten beneidet wird: China ist inzwischen die drittgrößte Volkswirtschaft und drittgrößte Handelsnation der Welt und dürfte im Laufe des Jahres 2010 Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft überholen. Trotz eines durchschnittlichen Pro-Kopf-Inlandsprodukts von über 3.719 Dollar (2009) bleibt China jedoch das größte Schwellenland mit gewaltigen regionalen Unterschieden wirtschaftlicher Entwicklung.

Auch nach 30 Jahren der „Reform- und Öffnungspolitik“ befindet sich China noch im Aufbau der „sozialistischen Marktwirtschaft chinesischer Prägung“, von einer primär landwirtschaftlichen zu einer Industrie- und Dienstleistungswirtschaft, von einer geschlossenen zu einer offenen Wirtschaft. Der Beitritt des Landes zur Welthandelsorganisation (WTO) Ende 2001 stellt nicht nur eine umfassende Verpflichtungserklärung Chinas und der WTO-Mitglieder zur Wiedereingliederung des Riesenlandes in das Weltwirtschaftssystem dar, sondern war auch für die chinesische Öffentlichkeit ein klares Zeichen der Öffnung ihres Landes und seiner Eingliederung in die arbeitsteilige globale Weltwirtschaft. Nach wie vor haben sich allerdings nicht alle internationalen Erwartungen erfüllt, da eine Vielzahl von Wirtschaftsbereichen weiterhin unter starkerstaatlicher Kontrolle stehen.

China steht unverändert vor gewaltigen Aufgaben: 800 Millionen Menschen leben auf dem Lande, von denen noch über die Hälfte in ihrer wirtschaftlichen Existenz von der Landwirtschaft abhängt. Die Landwirtschaft trägt aber nur noch elf Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Ihr Anteil sinkt, während die Anteile von Industrie (47 Prozent) und Dienstleistungen (43 Prozent) langfristig steigen. Das Durchschnittseinkommen auf dem Land liegt pro Person bei weniger als 50 US-Dollar im Monat.

Innovationspolitik

China verfügt im Grundsatz über alle Instrumente, um ein für Innovationen günstiges Umfeld schaffen zu können. Erhebliche Herausforderungen bestehen aber bezüglich geeigneter Strukturen. Auch wenn die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftseinrichtungen und der Wirtschaft, trotz gut geeigneter Infrastrukturen und Möglichkeiten, in weiten Bereichen noch defizitär ist, kann mittelfristig mit einer internationalen Aufholjagd „chinesischer Forschungscluster“ gerechnet werden, zumal die politisch Verantwortlichen die strukturellen Defizite erkannt haben.

Es ist China bisher nicht vollständig gelungen, eigene Entwicklungskapazitäten und –strukturen so aufzubauen, dass auch international nachgefragte Innovationen entstehen. Nach einem Bericht der OECD (Review of Innovation Policy China), der in Zusammenarbeit mit dem chinesischen Ministerium für Wissenschaft und Technologie entstanden ist, bestehen Verbesserungspotenziale insbesondere in der Marktorientierung, der beruflichen und tertiären Ausbildung, dem Ausbildungssystem und dem Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft.

Der Schwerpunkt der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit in der Forschung liegt derzeit in den Themenfeldern Ökologische Forschung/Umwelttechnologie, Biowissenschaften/-technologie sowie Materialwissenschaften und Kulturgüterschutz. Insgesamt existieren 145 Projekte in zehn Themenfeldern. Gemeinsame Forschungsinstitute bzw. Einrichtungen zur Forschungsförderung wurden zwischen 2000 und 2005 gegründet. Im Bereich der Hochschulbildung wurden zahlreiche gemeinsame Studiengänge mit Doppelabschlüssen eingerichtet.

Grundsatz der Zusammenarbeit ist eine gleichberechtigte, projektbezogene sowie institutionelle Forschungs- und Bildungszusammenarbeit. Aufbauend auf der bisherigen erfolgreichen Kooperation soll eine langfristige und strategische, für Deutschland und China gleichermaßen nutzbringende Forschungs- und Bildungspartnerschaft weiter entwickelt werden.

Strukturreformen

Trotz aller Fortschritte bergen die Strukturen Chinas mittel- und langfristige Risiken für die wirtschaftliche, soziale und damit auch für die politische Entwicklung:

Das chinesische Bankensystem befindet sich noch in einer frühen Entwicklungsphase. Zwar konnten die großen Staatsbanken mittlerweile ihren operativen Gewinn steigern, ihre Hauptkreditnehmer, die Staatsunternehmen, sind allerdings nicht immer konkurrenzfähig. Für kleinere und mittlere Unternehmen bleibt die Finanzierung der Ausweitung ihrer Geschäfte durch Bankkredite schwierig. Hauptgläubiger der Staatsbanken sind private Sparer, die bei vorerst unvollständiger sozialer Absicherung durch eigene Ersparnisse für Kosten der medizinischen Vorsorge, Ausbildung der Kinder und eigenen Altersvorsorge aufkommen müssen.

Das Hauptziel der chinesischen Wirtschaftspolitik bleibt die Wahrung der sozialen Stabilität. Dies ist aufgrund des Wohlstandsgefälles in der chinesischen Gesellschaft schwierig. Der Gini-Koeffizient als Maßzahl der Einkommensverteilung von schätzungsweise 0,496 liegt auf dem Niveau der Türkei. Die ländliche Bevölkerung sowie West-, Nordost- und Zentralchina kann bisher nur begrenzt am Wachstum teilhaben. Auch in den prosperierenden Küstenprovinzen klafft die Wohlstandsschere auseinander. Neben der symbolträchtigen Abschaffung der in China seit jeher praktizierten Besteuerung der Landwirtschaft, die Ende 2005 eine objektive Erleichterung für die ländliche Bevölkerung brachte, ist die augenfälligste politische Reaktion auf diese Entwicklung in den Erschließungs- beziehungsweise Revitalisierungsprogrammen für West- und Nordostchina zu sehen: Die Regierung will in den nächsten Jahren viele Milliarden in Infrastrukturprogramme für die armen westlichen Provinzen stecken. Hinzu kommen neue Anstrengungen, das traditionelle industrielle Kerngebiet der nordöstlichen Provinzen technologisch und strukturell rundum zu erneuern. Gleichzeitig muss das unzureichende Sozialversicherungssystem gestärkt werden, was mittelfristig trotz der gegenwärtig relativ niedrigen Staatsverschuldung und hoher Steuereinnahmen beträchtliche Belastungen für den Staatshaushalt mit sich bringen wird.

Aktuelle Wirtschaftslage

Nach einem BIP-Wachstum von 9,6 Prozent im Jahr 2008 fiel das Wachstum 2009 auf ein Acht-Jahres-Tief von 8,7 Prozent. Die Inflationsrate (Consumer Price Index) betrug 2009 -0,7 Prozent.

Zwar leidet Chinas Bankensystem kaum unter der globalen Finanzkrise, die Realwirtschaft des Landes ist jedoch nachdrücklich betroffen. Folge der Wirtschaftskrise ist ein scharfer Rückgang des lange Zeit boomenden chinesischen Außenhandels.

Die Regierung hat ihr Wachstumsziel von 8 Prozent für 2009 erreichen können. Die chinesische Wirtschaft ist um 8,7 Prozent gewachsen, was primär dem staatlichen Konjunkturprogramm und der expansiven Geldpolitik der chinesischen Zentralbank geschuldet ist. Investitionen trugen 8,0 und Konsum 4,6 Prozentpunkte zum Wachstum bei, das jedoch durch den schwachen Außenhandel (- 3,9 Prozentpunkte) gebremst wurde. Von einer nachhaltigen Erholung der chinesischen Konjunktur kann - aufgrund der weiterhin starken Abhängigkeit des chinesischen Wirtschaftswachstums von Exporten und der schwachen globalen Nachfrage - derzeit noch nicht ausgegangen werden.

Es wird davon ausgegangen, dass China jährlich mindestens 8 Prozent Wirtschaftswachstum benötigt, um den Arbeitsmarkt stabil zu halten.

Besonders hart hat die Wirtschaftskrise die nach chinesischen Angaben 230 Millionen Wanderarbeiter getroffen, von denen rund 20 Millionen ihren Arbeitsplatz verloren

haben. Dies belastet die Einkommen in ländlichen Regionen, die häufig von Transferzahlungen der Wanderarbeiter abhängen. Die Regierung verfolgt die Situation der Wanderarbeiter, wie insbesondere der 1,5 Millionen arbeitssuchenden Universitätsabgänger sehr aufmerksam, weil sie darin ein Potential sozialer Unruhen sieht. Nach offiziellen Angaben lag die städtische Arbeitslosenquote 2009 bei 4,2 Prozent. Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) schätzt die städtische Arbeitslosigkeit hingegen auf mindestens 8,5 Prozent, die ländliche auf 30 Prozent.

Die Umweltzerstörung ist als belastende Größe in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erkannt worden und wurde für 2005 mit rund 50 Milliarden Euro beziffert. Als zusätzliches Ziel zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum wurde daher von der Regierung auch postuliert weniger Energie zu verbrauchen. Zudem will China den Anteil der Erneuerbaren Energien am Energiebedarf von derzeit 9 Prozent auf 15 Prozent bis 2020 anheben. Der CO₂ Ausstoß soll bis zum Jahr 2020 pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts um 40 bis 45 Prozent (verglichen mit 2005) gesenkt werden.

China bleibt auch im weltwirtschaftlichen Maßstab eine ernstzunehmende Größe. Als (noch) drittgrößte Volkswirtschaft, drittgrößte Handelsnation und mit rund 2,4 Billionen US-Dollar den weltweit höchsten Devisenreserven ist China neben Japan entscheidende Wirtschaftsmacht in der Region. Ausländische Unternehmen investierten 2009 wegen der Wirtschaftskrise rund 2,6 Prozent weniger in China als 2008, dennoch sind Direktinvestitionen nach China mit 90 Milliarden immer noch auf hohem Niveau. Die Volksrepublik war damit neben den USA das weltweit attraktivste Zielland für Direktinvestitionen. Umgekehrt investierten chinesische Unternehmen im Ausland im Jahr 2009 rund 43,3 Milliarden US-Dollar und damit 6,5 Prozent mehr als im Jahr 2008.

Außenhandel

Chinas Volkswirtschaft ist eng mit der Weltwirtschaft verflochten, wobei dem Außenhandel eine zentrale Rolle zukommt. Auch 2009 hat China den dritten Platz der größten Handelsnationen der Welt inne behalten. Aufgrund der globalen Wirtschaftskrise hat der chinesische Außenhandel an Dynamik verloren.

Ein- und Ausfuhren haben 2009 um rund 14 Prozent abgenommen. 2008 waren es noch plus 18 Prozent und in den drei Jahren davor jährlich rund plus 23 Prozent. Das Außenhandelsvolumen fiel 2009 von 2562 Milliarden US-Dollar 2008 auf 2207 Milliarden US-Dollar. Der Handelsbilanzüberschuss fiel um 34 Prozent auf 196,1 Milliarden US-Dollar.

Im Jahr 2009 brachen die chinesischen Exporte um 16 Prozent auf 1202 Milliarden US-Dollar ein, vor allem wegen der geringeren Nachfrage seitens der größten Handelspartner EU (-19 Prozent), USA (-13 Prozent), Japan (-16 Prozent) und Südkorea (-27 Prozent). Dennoch hat China Deutschland als Exportweltmeister abgelöst. China exportierte vor allem elektrische und mechanische Maschinen und

Geräte, Bekleidung sowie Eisen- und Stahlerzeugnisse. Knapp die Hälfte der Exporte gingen in die EU (16 Prozent), USA (13 Prozent), Japan und Südkorea (11 Prozent). Rund zwei Drittel der chinesischen Exportgüter werden von circa 300.000 ausländisch investierten Unternehmen hergestellt.

Die Importe fielen um gut 11 Prozent auf 1005 Milliarden US-Dollar. Verantwortlich hierfür waren unter anderem hohe Lagerbestände zu Jahresbeginn und geringere chinesische Nachfrage nach Vorprodukten. Hierunter litten vor allem die regionalen Handelspartner wie Japan (-13 Prozent), Südkorea (-9 Prozent) sowie die ASEAN Staaten insgesamt (-9 Prozent). Gut ein Drittel der Importe stammen aus Japan (13 Prozent), Südkorea (10 Prozent) und Taiwan (9 Prozent). Knapp ein Fünftel kommt aus der EU (13 Prozent) und den USA (8 Prozent). Importiert wurden vor allem Maschinen und Geräte, Treibstoffe und Öle, optische Geräte, Rohstoffe, Kunststoffe und chemische Erzeugnisse.

Die Bilanz der bisherigen WTO-Mitgliedschaft Chinas seit dem Jahr 2001 ergibt ein gemischtes Bild: Zum Einen hat China die Beitrittsanforderungen in der Gesetzgebung und bei den Zöllen weitestgehend erfüllt. Andererseits hat es sich bisher zurückhaltend in die Verhandlungen eingebracht und sendet durch eine Vielzahl von bilateralen Freihandelsabkommen zweideutige Signale.

China hat Ende Juni 2009 erstmals ein Vermittlungsverfahren bei der WTO gegen die EU in Zusammenhang mit Strafzöllen auf Schrauben und Bolzen angestrengt.

Wirtschaftsbeziehungen zur EU

Seit dem Beginn der Öffnungspolitik 1978 hat sich der europäisch-chinesische Handel mehr als verdreißigfacht. Er betrug 2008 rund 426 Milliarden USD. Die EU-27 ist mit einem Anteil von 17 Prozent am chinesischen Außenhandel größter Handelspartner Chinas und viertgrößter ausländischer Investor in China. Aus EU-Sicht ist China der zweitgrößte Handelspartner nach den USA. Die EU ist Chinas größter Technologie-Lieferant.

Durch den WTO-Beitritt wurden die Zölle abgesenkt, der Marktzugang für europäische Firmen verbessert und zahlreiche – aber bei weitem nicht alle - nicht-tarifären Handelshemmnisse abgebaut. Die Umsetzung der mit dem WTO-Beitritt verbundenen Regelungen bildet weiterhin einen Schwerpunkt des wirtschaftspolitischen Dialogs zwischen der EU und China. Insbesondere die Durchsetzung der Gesetze zum Schutz geistigen Eigentums in China bedarf weiterer Verbesserungen.